

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am 25.03.2004 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	
Vertreterin für Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	
ab 16.41 Uhr	CDU-Fraktion
Senft, Harald	
Vertreter für Bosbach, Günter bis 16.41 Uhr	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz (Vertreten)	CDU-Fraktion
Butschko, Peter	
Vertreter für Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Vertreten)	SPD-Fraktion
Tonn, Elisabeth	
Vertreterin für Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	
ab 17.56 Uhr	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried	
ab 17.58 Uhr	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max (Vertreten)	Verwaltung
Krämer, Guido	
Vertreter für Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans (Vertreten)	Verwaltung

Müller, Karlheinz	
Vertreter für Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela (Nicht anwesend)	Verwaltung
Frömmer, Martin	Verwaltung
Holtermann, Werner (Nicht anwesend)	Verwaltung
Lehmacher, Theo	Verwaltung
Lehmann, Rüdiger (Nicht anwesend)	Verwaltung
Peters, Kurt	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Boldt, Günther Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung 16:08 Uhr

Ende der Sitzung 18:56 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2004/0108 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 11.12.2003 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2004/0024 Vertragsangelegenheit - Bürgerhaus Baumberg
- Ö 5. 2004/0038 Satzung über die Teilnahme am offenen Ganztage und Entgeltordnung bzw. Gebührensatzung für die städtischen Gemeinschaftsgrundschulen Geschwister-Scholl-Schule und Hermann-Gmeiner-Schule
- Ö 6. 2004/0103 Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar
- Ö 7. 2004/0036 Weiterentwicklung der Marke Monheim e. V.
Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen
- Ö 8. 2004/0094 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges
- Ö 9. 2004/0071 Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten
- Ö 10. 2004/0112 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2004
- Ö 11. 2004/0113 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2003 - 2007
- Ö 12. Mündliche Mitteilungen
- Ö 13. Mündliche Anfragen
- Ö 0. Bürgerfragestunde

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 14. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 15. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 16. 2004/0110 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 11.12.2003 - nichtöffentlicher Teil -

- | | | |
|--------|-----------|---|
| NÖ 17. | 2004/0044 | Personalangelegenheiten
Entwicklung eines Sollstellenplans |
| NÖ 18. | 2004/0101 | Stellenplan 2004 |
| NÖ 19. | 2004/0088 | Vertragsangelegenheit |
| NÖ 20. | | Mündliche Mitteilungen |
| NÖ 21. | | Mündliche Anfragen |

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßt dann alle Anwesenden, insbesondere auch die anwesende Öffentlichkeit, die Vertreter der Presse und die derzeit bei der Stadtverwaltung während ihrer Ausbildung befindlichen Referendarinnen und Referendare.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3. 2004/0108 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 11.12.2003 - öffentlicher Teil -**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2004/0024 Vertragsangelegenheit - Bürgerhaus Baumberg

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, dass in Sachen Bürgerhaus Baumberg und in der Beziehung zu den Anwohnern eine gewisse Ruhe eingetreten zu sein scheint. In der Tat werde ja vorgeschlagen, den auslaufenden Vertrag zu verlängern, was auch darauf hindeutet. Man halte es für sehr wichtig, dass dort ein geordneter Interessenausgleich zwischen Anwohnern und Nutzern des Bürgerhauses zustande kommt und weiter geführt wird. Ein Ärgernis dort könne durch diese vertragliche Situation bereinigt werden. Man werde dem Vertrag so zustimmen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, man sei ebenfalls sehr froh, dass es gelungen sei, das Bürgerhaus, wenn auch mit einigen Abstrichen, am Leben zu erhalten. Da man heute

lediglich über die Ergänzung des Vertrages zu beschließen habe, bestätige dies, dass das der richtige Weg ist. Sie frage aber, ob der Passus in der Sachdarstellung, dass mit Rücksicht auf die aktuelle Haushaltslage vorerst auf die Realisierung der schallschutztechnischen Maßnahmen (Dach- und Fensterisolierung) verzichtet wird, den Vertragspartnern so bekannt sei.

Die Verwaltung teilt dazu mit, dass man im Rahmen der Gespräche mit den Anwohnern und deren Anwälte dort eine schallschutztechnische Untersuchung habe durchführen lassen. Da bei sei offenkundig geworden, dass selbst diese vorgesehenen Maßnahmen bei bestimmten Veranstaltungen nicht garantieren können, dass die dort zulässigen Lärmpegel überschritten werden. Man habe sich insofern einer Variante bedient, in dem man dort eine neue Lautsprecheranlage installiert habe. Die Bedienung dieser Anlage erfolgt in Abstimmung mit dem BAB und dem Hausmeister. Diese Anlage ist so geschaltet, dass bestimmte Lärmspitzen eben nicht auftreten können. Insofern habe man sich einvernehmlich darauf verständigt, die erforderlichen Investitionen im Hinblick auf Dach und Fenster solange zurückzustellen, solange es mit dieser neuen Tonanlage nicht zu übermäßigen Problemen kommt. Insofern habe man einfach die Nutzungsregelung so ausgelegt, dass man vorläufig auf diese Maßnahmen verzichten kann. Mit diesem Kompromiss sind die Anwohner einverstanden. Ein Prüfauftrag über die Anbringung eines schallschluckenden Vorhanges im Eingangsbereich des Bürgerhauses sei noch nicht abgeschlossen. Sobald das Ergebnis vorliege, werde man das mit den Anwohnern besprechen.

Vom Bürgermeister wird bestätigt, dass die Gespräche sehr sachlich geführt worden seien.

Der Ausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die der Beschlussvorlage als Anlage 2 beigelegte Vereinbarung (Ergänzung) zwischen der Stadt Monheim am Rhein und verschiedenen Wohnungseigentümern der Häuser Humboldtstraße 17,19 und 21 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 5. 2004/0038 Satzung über die Teilnahme am offenen Ganztag und Entgeltordnung bzw. Gebührensatzung für die städtischen Gemeinschaftsgrundschulen Geschwister-Scholl-Schule und Hermann-Gmeiner-Schule

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass diese Vorlage im Jugendhilfeausschuss sowie auch im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport intensiv vorberaten sei.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass sich die SPD-Fraktion nach wie vor für die Gebührenerhebung nach dem GTK-Modell ausspreche. Eine Gebührenerhebung nach dem GTK-Modell sei eine gute Grundlage, um eine Chancengleichheit zu erreichen. Es sei auch von Vorteil, wenn die Eltern ein Modell anwenden können, das ihnen bereits bekannt sei.

Eine Sprecherin der CDU-Fraktion äußert, dass die Diskussion ausführlich in den Fachausschüssen geführt worden sei. Man sei dort mit den freien Trägern durch Mehrheitsbeschluss zu dem Ergebnis gekommen, sich für das Regelbeitragsmodell zu entscheiden. Die CDU-Fraktion werde das heute auch weiter so vertreten. Aufgrund der Argumentation der Sprecherin der SPD-Fraktion sei zu erwähnen, nur weil ein Modell über Jahre bereits praktiziert werde, heiße das nicht, dass es eine bessere Variante darstelle. Der entscheidende Punkt sei aber, dass das Regelbeitragsmodell zu einem wesentlich geringeren Verwaltungsaufwand führen wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Positionen damit heute und auch in den Fachausschüssen anschaulich und klar dargelegt wurden. Er setze voraus, dass die SPD-Fraktion für das Modell GTK stimme und die CDU-Fraktion dem Jugendhilfeausschussbeschluss für das Regelbeitragsmodell folgen wolle. Um das Thema zu vereinfachen, würde er in den Beschlussvorschlag, der in der Frage des Modells offen ist, das Regelbeitragsmodell einfügen wollen, so dass der Beschluss über die Erhebung nach dem Regelbeitragsmodell zu fassen wäre.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Beiträge für die Teilnahme von Grundschulkindern am offenen Ganztags von Monheimer Grundschulen (außerunterrichtliche Angebote) werden nach dem Regelbeitragsmodell erhoben.

Die der Vorlage beigefügte Satzung sowie die dem beschlossenen Modell entsprechende Entgeltordnung sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 6. 2004/0103 Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

In den Vermögenshaushalt 2004 werden für die Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar zunächst 370.000,00 € eingestellt (unabweisbare Ausgabe).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 7. 2004/0121 Weiterentwicklung der Marke Monheim e. V.
(alt 0036) Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, man sehe es positiv, dass es aufgrund der Diskussion im Fachausschuss gelungen ist, im § 2 einen verdeutlicheren Passus aufzunehmen, was die Einflussmöglichkeiten der Stadt betrifft. Das sei sicherlich eine gute Entscheidung des Ausschusses. Die SPD-Fraktion lehne aber nach wie vor die Tatsache, dass hier städtische Leistungen abgegeben werden, ab. Die Diskussion sei nicht neu. Man stimme also auf jeden Fall gegen den Vertrag.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, vor dem Hintergrund der finanziellen Situation insgesamt und vor den Aussichten in den nächsten Jahren werde man gar nicht umhinkommen, solche Aufgaben, die bisher von städtischen Mitarbeitern erledigt worden sind und sicherlich in Zukunft auch noch andere Bereiche betreffen, durch andere Organisationen in anderen Rechtsformen erledigen zu lassen. Für den Kulturbetrieb, so wie es im Vertrag vereinbart ist, sei es aufgrund der Erfahrungen der letzten beiden Jahre ein guter Weg. Man sei jedenfalls mit den Leistungen, die die Marke Monheim in dem Bereich erbringt, sehr zufrieden. Durch die Übernahme des bisher mit diesen Aufgaben betrauten Personals werde auch eine gewisse Qualitätsgarantie für die Zukunft dargestellt.

Der Ausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den vorliegenden Vertrag mit der Marke Monheim e V. entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 8. 2004/0122 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (alt 0094)

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Beschaffung des Löschfahrzeuges im Frühjahr 2005 ist dringend erforderlich.
2. Im Vermögenshaushalt 2004 wird eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt.
3. Das Investitionsprogramm für 2005 ist im UA 1300 entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 2004/0071 Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung über die Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten bei der Stadt Monheim am Rhein zur Kenntnis.

Ö 10. 2004/0112 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2004

Der Bürgermeister ruft den Teil C – Produktbudgets – des Haushaltsbuches auf. Er weist darauf hin, dass in den Fachausschüssen nicht jede einzelne Seite des Haushaltsbuches aufgerufen worden ist. Er sei daher der Meinung, dass man sich dies auch hier weitgehend sparen könne. Er schlage vor, fachbereichsweise vorzugehen, da man sowieso nur einige wenige Änderungsbeschlüsse laut Änderungsliste habe. Vom Ausschuss gibt es keine Einwendungen gegen dies Verfahren.

Fachbereich 0 keine Änderungen

Fachbereich 1

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion führt aus, dass man sich seit geraumer Zeit mit den immer noch fehlenden 10.000,- € für das Beratungszentrum beschäftige. Eine angekündigte Vorlage gebe es bisher nicht. In der Konsequenz müsste man bei diesem Produkt in irgendeiner Form

zunächst innerhalb des Haupt- und Finanzausschusses versuchen, die 10.000,-- €unterzubringen. Ihr sei bewusst, dass das hier mehrheitlich sicherlich nicht so gesehen wird und auch der Kämmerer gut begründet darlegen wird, warum es nicht möglich ist, freiwillige Leistungen in einem Nothaushalt noch zusätzlich aufzunehmen. Ihr persönlich sei es sehr wichtig, dass man sich der Bedeutung und Verantwortung des Beratungszentrums und der Leistungen, die dort erbracht werden, bewusst wird. Sie weist in diesem Zusammenhang auch auf die Unterlagen zu den Haushaltsplanberatungen 2003 hin. Dort gebe es eine Aussage der Verwaltung zu der Schuldnerberatung, wonach diese Beratung eine wirksame Hilfe zur Selbsthilfe darstellt und die Beratungsstelle finanziell unterstützt wird.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung bisher nicht die Position vertreten habe, hier Mittel zu streichen. Er meine festhalten zu können, dass sich alle einig waren in der Frage der Bedeutung der Schuldnerberatung. Im Kern gehe es um die Frage, ob man das vorhandene Personal von einer Vollzeitstelle auf 1,5 Stellen aufstocke. Hierzu habe er an die Fachbereichsleiterin des Fachbereiches 1 den Auftrag gegeben zu prüfen, ob es nicht intelligentere Möglichkeiten gibt, diese halbe Stelle, die für die Schuldnerberatung gebraucht wird, auf andere Weise bereitzustellen, ggfls. durch Abordnung einer halben Stelle aus den gemäß Sollstellenplan im Fachbereich 1 künftig wegfallenden Stellen. Er bittet die Fachbereichsleiterin 1 um Mitteilung über den Sachstand des Prüfungsauftrages.

Die Fachbereichsleiterin 1 äußert, dass aufgrund des Prüfungsauftrages vom Dezember letzten Jahres geprüft werden sollte, in wie weit man aus dem Sollstellenplan diese Sachbearbeitung Schuldnerberatung selbst anbieten könne. Mit dem Beratungszentrum sind in den letzten Wochen eine Vielzahl von Gesprächen geführt worden. Im Moment sei es so, dass diese 1,5 Stellen vorrätig sind und auch der Zuschuss des Landes zurzeit weiter gezahlt wird, so dass das Beratungszentrum nicht in so großer Not ist und die Leute wegschicken müsse. Zurzeit werde noch geprüft, mit welchem Personal und in welchem Umfang eine Weiterführung erfolgen könne. Es könnten nicht einfach Mitarbeiter dort eingesetzt werden. Das bedürfe schon einer gewissen Vorlaufzeit, u.a. auch durch Fortbildungsmaßnahmen. Im Mai könne zu dem gesamten Komplex konkret berichtet werden.

Der Bürgermeister fügt hinzu, es gehe darum, ein Mehr an freiwilligen Leistungen zu erbringen und dabei um die Frage, in welcher Form dieses Mehr an freiwilligen Leistungen - entweder durch Geld oder durch Personal – erbracht werden könne. Er sei der Meinung, dass sich die Angelegenheit so aufgrund der Einigkeit und der Ausführungen der Fachbereichsleiterin 1 im Mai abarbeiten lasse.

Vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion wird im Zusammenhang mit diesem Bereich konkret auf den Anteil der Stadt an der Sozialhilfe und die Erstattung durch den Kreis, insbesondere durch den Härteausgleich, hingewiesen. Durch Beschluss des Kreistages von vor ca. 3 Jahren ist dieser Härteausgleich, von dem auch die Stadt Monheim profitiert, aber mit zunehmender Zeit immer weniger davon erhält, festgelegt worden. Es ist derzeit auch bestimmt worden, dass dieses Verfahren nach 3 Jahren zu überprüfen ist. Mittlerweile gebe es wegen des Härteausgleiches, den es im übrigen auch in anderen Kreisen des Landes gibt, Verwaltungsgerichtsurteile die besagen, dass das Verfahren so noch nicht in Gänze korrekt angewendet wird. Die CDU-Fraktion beantrage daher, dass die Verwaltung dringend diese Überprüfung mit in Gang setzt und dabei das Ziel verfolgt, dass beim Härteausgleich, was das Abschmelzen betrifft, zumindest ein Stillstand erreicht wird. Mit der Kreisverwaltung ist dringend Kontakt aufzunehmen und darauf einzuwirken, dass man in den politischen Gremien des Kreises zu einer Beschlusslage kommt, die zur Kenntnis nimmt, dass die strukturellen Probleme in der Stadt Monheim bestehen und kurz- oder mittelfristig sich nicht ändern werden. Man habe in Monheim immer eine höhere Last an der Stelle zu tragen. Kreissolidarität heiße auch, die Last auf alle Schultern zu verteilen. Die schwierige Situation der Stadt Monheim müsse berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass er diesen Antrag als Zielvereinbarung entgegen nehme, die ebenfalls auf den Seiten 162/163 unter dem Produkt „Allgemeine Sozialhilfe“ eingeflochten

werden müsste. Den Härtefall habe man in Monheim. Das habe der Kreis auch so anerkannt. Nur sei die Frage, wie der Härtefall in der Zukunft behandelt wird. Die Zielvereinbarung sollte den folgenden Wortlaut haben, dass die Verwaltung mit dem Kreis und den kreisangehörigen Städten dahingehend verhandelt, dass die Abschmelzung des Härtefallausgleiches für die nächsten 3 Jahre gestoppt wird und dann eine erneute Überprüfung stattfindet.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, dass man dieser Zielvereinbarung von der Sache her so zustimme.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Der Änderung aus der Änderungsliste Vermögenshaushalt 'Ersatzbeschaffung eines LF 24' wird zugestimmt.

Fachbereich 2: Den Änderungen aus der Änderungsliste wird zugestimmt.

Fachbereich 3: Den Änderungen aus der Änderungsliste wird zugestimmt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion weist zur Klarstellung darauf hin, dass hinsichtlich des eklatant hohen Zuschussbedarfes je Essen in der Mensa der Gesamtschule die bereits im letzten Herbst beschlossene Verbesserungsmaßnahme entsprechend der Beschlusslage so schnell wie es sich machen lässt umgesetzt wird und nicht erst zum 01.08.2005, wie jetzt zu hören war. Als Merkposten sollte das in einer Produktvereinbarung festgehalten werden.

Fachbereich 4:

Den Änderungen aus der Änderungsliste wird nach Rückfragen und Erläuterungen zugestimmt.

Der Fachbereichsleiter 4 – Stadtplanung und Bauwesen – weist zu dem Produkt 'Verkehrsflächen darauf hin, im Fachausschuss sei beschlossen worden, dass die im Vermögenshaushalt in Einnahme und Ausgabe etatisierte Maßnahme 'Ausbau Mehlpfad' in das Jahr 2005 verschoben werden kann. Das sei versehentlich nicht in die Änderungsliste aufgenommen worden. Es ist also die Einnahmeposition 'Erschließungsbeiträge' und auch die Ausgabeposition zu streichen. Diese Maßnahme müsse dann in das Investitionsprogramm 2005 aufgenommen werden.

Der Bürgermeister bemerkt, dass dies zur Ratssitzung entsprechend eingearbeitet wird.

Zentrale Dienste: keine Änderungen laut Änderungsliste

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, man habe das Produkt 'Gebäudereinigung' und man habe die Wiederbesetzungssperre. Man wisse, dass bei dem Produkt 'Gebäudereinigung' eine große Fluktuation besteht. Das würde streng formal bedeuten, dass man in jedem Haupt- und Finanzausschuss über jede Reinigungsstelle erneut beschließen müsste. Er halte das nicht für besonders sinnvoll, sondern es sei eleganter und auch für die Verwaltung reibungsfreier, ausschließlich in dem Bereich 'Gebäudereinigung' von der Wiederbesetzungssperre abzusehen. Statt dessen sollte eine Berichtspflicht dahingehend vereinbart werden, dass der Haupt- und Finanzausschuss über die Vorgänge in diesem Bereich informiert wird. Ein Sprecher der CDU-Fraktion fügt hinzu, dass der Personalkörper dadurch aber nicht ausgeweitet werden dürfe. Der Leiter der Zentralen Dienste äußert, dass diese Anregung der Verwaltung sehr gelegen käme. Der mündliche Antrag der CDU-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Allgemeine Finanzwirtschaft:

Der Änderung aus der Änderungsliste wird zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2004 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- b) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

1. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2004 wird mit folgender Fassung beschlossen:

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW 1994, S 666/SGV NW/2023) in der z.Zt. geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein am 01.04.2004 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2004, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	80.653.310 €
in der Ausgabe auf	97.757.520 €

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	15.230.970 €
in der Ausgabe auf	15.230.970 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2004 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen), erforderlich ist, wird auf

3.133.670 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

2.726.000 €

festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

25.000.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	190 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	380 v. H.
2.	Gewerbesteuer	
	nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital auf	405 v. H.

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2010 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 7

- (1) Über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates nach § 82 der Gemeindeordnung NW, wenn sie im Einzelfall 10.000 € überschreiten und ihnen keine zur Deckung dieser Ausgaben zweckgebundenen Einnahmen gegenüberstehen. Buchungen nach § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung bleiben hiervon unberührt.

- (2) Die Bewirtschaftung der Ausgabeansätze des Vermögenshaushaltes und die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Stadtkämmerers erfolgen. Die Erläuterungen zum Haushaltsplan sind dabei zu beachten. Über Änderungen des Verwendungszweckes im Rahmen der Unabweisbarkeit entscheidet bis 10.000 € der Stadtkämmerer, darüber hinaus der Haupt- und Finanzausschuss.
- (3) Bei den im Stellenplan als künftig umzuwandelnd bezeichneten Planstellen (ku-Vermerk) sind die Bestimmungen des § 26 BBesG (Obergrenzen für Beförderungssämter), der Stellenobergrenzenverordnung (StOV-Gem) bzw. die Tätigkeitsmerkmale des BAT zu beachten.
- (4) Ausgabeansätze des Verwaltungshaushalts sind im Rahmen der "Budgetregeln" für die einzelnen Fachbereiche als übertragbar und gegenseitig deckungsfähig anzusehen.

2. Die im Haushaltsbuch festgesetzten Fachbereichsbudgets werden für das Haushaltsjahr 2004 in folgender Höhe beschlossen:

	Einnahme	Ausgabe	Saldo
FB 0 Politik und Verwaltungsleitung	143.646	1.464.352	-1.320.706
FB 1 Bürgerservice und soz. Dienstleistungen	3.109.370	11.292.497	-8.183.127
FB 2 Jugend, Beschäftigung und Qualifizierung	6.861.694	15.719.352	-8.857.658
FB 3 Bildung, Kultur und Sport	1.206.217	10.045.608	-8.839.391
FB 4 Stadtplanung und Bauwesen	12.998.627	17.982.888	-4.984.261
FB 5 Zentrale Dienste	8.867.707	12.238.614	-3.370.907

3. Der Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2004 beläuft sich auf 17.104.210 €. Daher ist, auch in Anbetracht der weiteren ausgewiesenen Fehlbeträge und der Maßgaben des Haushaltssicherungskonzeptes, der dem Haushaltsplan als Anlage beigefügte Finanzplan, soweit die Fachbereichsbudgets betroffen sind, als verbindlich anzusehen. Es ist sicherzustellen, dass während der Laufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes bei der Aufstellung des Haushaltsplans keine Zuschusserhöhung dieser Budgets erfolgt und sämtliche in Frage kommenden Positionen unter den dann aktuellen Gesichtspunkten auf eine Senkung des Budgets hin überprüft werden. Die Ansätze werden mit diesem Beschluss im Rahmen der Budgetdeckung festgesetzt.
4. Die Ergebnisse der vier Foren zum Bürgerhaushalt werden zur Kenntnis genommen und entsprechend des Diskussionsverlaufs in den Fachausschüssen, bei der Beratung der Haushaltssatzung bzw. bei der Festlegung der Leistungsvereinbarungen berücksichtigt.
5. Der Einwendung des Herrn Volker Sprink auf Erhöhung des Ansatzes bei Haushaltsstelle 3520.9350.00 (Anschaffung von Büchern und Medien) von 10.000 € auf 20.000 € wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 11. 2004/0113 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2003 - 2007

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die von den Fachausschüssen und der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzänderungen des Vermögenshaushaltes 2004 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen und soweit dieser sie dem Rat zur Beschlussfassung empfiehlt, in das der Finanzplanung der Haushaltssatzung 2004 zugrunde liegende Investitionsprogramm 2003 bis 2007 aufgenommen.

Das so zu berichtigende Investitionsprogramm wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 12. Mündliche Mitteilungen

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen.

Ö 13. Mündliche Anfragen

Es gibt keine mündlichen Anfragen.

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 17.07 Uhr

Es gibt keine Fragen

Ende: 17.07 Uhr